

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1335/2011
Amt/Aktenzeichen Dezernat I/	Datum 02.08.2011	TOP

Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am			
Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Altstadt	Kenntnisnahme	10.08.2011	Ö

Betreff: Antrag Nr. 1519/2010 der CDU Ortsbeiratsfraktion Mainz-Altstadt "Neutorschule"
Mainz, August 2011 gez.: Beutel Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Der Antrag 1519/2010 ist erledigt.

Problembeschreibung / Begründung:

1. Sachverhalt

Das rheinland-pfälzische Ministerium der Finanzen und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur haben sich darauf verständigt, das geplante Archäologische Zentrum auf der Grundlage des ausgelobten Realisierungswettbewerbs in zwei Bauabschnitten umzusetzen.

Die Verwaltung wird zunächst städtebauliche wie auch baurechtliche Fragen sowie die Kostenkalkulation sorgfältig prüfen. Das Land geht von einer nachhaltigen Einsparung der Stadt Mainz in Höhe von 1 Mio. Euro aus. Die städtischen Gremien werden vom Ergebnis der Prüfungen in Kenntnis gesetzt.

Angesichts der neuen Situation bleibt die Stadt Mainz bei dem vereinbarten Finanzierungsanteil, sodass für die Realisierung des Bauvorhabens die städtischen Flächen des ehemaligen Wirges-Gebäudes und die Neutorschule zeitnah in das Projekt eingebracht werden.

In einem ersten Bauabschnitt wird das Land Räumlichkeiten für das RGZM schaffen. In einem zweiten Bauabschnitt sollen dann zu einem späteren Zeitpunkt Räumlichkeiten zur Unterbringung der archäologischen Denkmalpflege entstehen.

Im Zuge der konkreten Planungen für diesen zweiten Bauabschnitt wird das Land eine mögliche Integration der ehemaligen Neutorschule, die vorläufig im derzeitigen Zustand erhalten bleiben soll, prüfen.

Die Aufteilung in zwei Bauabschnitte ermöglicht es dem Land, Anregungen und Hinweise von Bürgern aufzunehmen und damit Entscheidungen zur Zukunft der Neutorschule vorzubereiten.

2. Lösung

Angesichts der inhaltlichen Fortentwicklung der Thematik schlägt die Verwaltung vor, den Antrag 1519/2010 für erledigt zu erklären.

3. Alternativen

Keine

4. Analyse und Bewertung geschlechterspezifischer Folgen

Keine

5. Finanzielle Auswirkungen

Keine

[] ja, Stellungnahme des Amtes 20 (Anlage 1)

[X] nein

Nur im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung auszufüllen!